Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1927

10.9.1927 (No. 210)

Visual Library

№ 210 Samstag, den 10. September 1927 170. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrichstraße Nr. 14 Fernsprecher: Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: J. V.: C. A. Seyfried Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Gewalten und Gestalten in Genf

Von Fritz Braun, Karlsruhe.

I.

30 Tage „Hauptstadt der Welt".

Breite Straßen, langgestreckte Quais, gepflegte Parks und der die Stadt abrundende See zeichnen den von südlich warmem Klima erfüllten Raum dieser Stadt aus. Genf war einst die Stadt Calvins und Rousseaus; im Laufe unserer Jahre entsteht hier eine neue internationale Stätte, die ihre besondere, von den Einflüssen aller Länder abhängige Bestimmung hat. Wie reichhaltig ist die Monatsliste der Fremden aller Nationalität, die mit Stolz in den Zeitungen veröffentlicht wird! Während der Völkerbundstagung bestätigen Flaggen, darunter auch die schwarz-rot-goldene des Deutschen Reichs, die Vereinigung der Staatsmänner „zur Erhaltung des Friedens"; auf den Straßen ist die Reihe der hier nach ihren Marken so besonders verschiedenartigen Autos um einige vornehme Wagen vermehrt. In den Räumen der Völkerbundsversammlung und abends in bayrischen Bierstuben sitzen ungezählte Journalisten und manch anderer Völkerbundsbeflissene. Hier spürt man deutlich die Unterschiede in der Denkweise und in den Gesichtspunkten, die den politischen Bedürfnissen jedes Landes entsprechen; darin liegt aber gerade die Bedeutung der Genfer Einrichtungen: das gegenseitige Kennenlernen zu fördern und für das politische Handeln eine allen gemeinsame Grundlage zu schaffen.

Auf der kürzlich abgehaltenen **internationalen Pressekonferenz** wurden die technischen Fragen journalistischer Zusammenarbeit mit gutem Erfolg behandelt; **Lord Burnham** hat als Vorsitzender zum Schluß dieser Beratungen über Nachrichtenwesen und Journalistenberuf die Idee der Presse in folgende Worte gefaßt: „Die öffentliche Meinung ist schließlich die leitende Macht in der Regierung der Menschen. Als Treuhänder der öffentlichen Meinung haben wir Presseleute eine schwere und ständige Verantwortung für unsere Mitmenschen. Ich kann hoffen, daß diese Konferenz unser Bewußtsein vertieft und verbreitert hat — nicht ein Klassenbewußtsein, sondern ein Allgemeinbewußtsein dessen, was wir der noch aufbauenden Menschheit schulden, indem wir so viel wie möglich Licht und Führung zu geeinter Zusammenarbeit für das Gemeinwohl geben." In diesem Sinn wirkt nicht nur die Arbeit der Presse, sondern die der Politik selbst und der andern internationalen Vereinigungen, die in diesem Sommer so zahlreich in Genf zusammengekommen sind.

Minderheitenkongreß und Nationalitätenfrage.

Vom 22. bis 24. August waren in Genf die Vertreter von **36 Minderheitsgruppen Europas** versammelt, die zusammen eine Bevölkerung von 40 Millionen Menschen ausmachen. Das Erwachen der Minderheiten in fast jedem Staat ist eine Folge der europäischen Nachkriegsordnung, die zwar nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker neue Staaten schuf, aber aus nationaler Unduldsamkeit noch keine Lösung der **Nationalitätenfrage** brachte. Unter dem Vorsitz des Slowenen Dr. **Wilfan** versuchte der 3. Kongreß, dem zehn deutsche Gruppen (aus den baltischen Staaten, Ungarn, Italien, Südslawien, Polen, Rumänien, Dänemark usw.) angehören, auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung der nationalen Gruppen die Gesichtspunkte für die Politik festzustellen.

Dr. **Ammende**, Reval, zeigte, daß vor dem Krieg die Spannung vor allem durch die Gegensätze der Nationalitäten bedingt war (z. B. Österreich-Serbien), daß aber auch die heutige Regelung zur Bedrohung des europäischen Friedens beitrage. Die Begründung des von ihm geforderten **Minderheitenrechts** ist um so wichtiger, als der Völkerbund bisher die Minderheiten nicht gleichgestellt und sogar das Klagerecht sabotiert hat; darüber schreibt der Engländer Sir W. **Dickinson**: „Leider hat der Rat bisher die Ansicht vertreten, daß es besser sei zu verhandeln, anstatt einfach darauf zu bestehen, daß den Minderheiten ihr Recht werde." Juristisch interessant ist Ammendes Nachweis, daß „die öffentlich-rechtliche Anerkennung der nationalen Selbstverwaltung sich in vollem Einklang mit dem heutigen Wesen der im Völkerbund vereinigten souveränen Staaten" befindet.

Dr. **Schiemann**, Riga, forderte die Überlassung gewisser Befugnisse, die bisher der Staatsgemeinschaft zugesprochen wurden, an die kulturelle Volksgemeinschaft, d. h. also **nationalkulturelle Autonomie**. Jede Minderheit will über die staatlichen Grenzen hinweg in **kulturellem** Zusammenhang mit ihrem Stammvolk bleiben und an Intelligenz und Sprache des Muttervolkes teilhaben, was in insularer Abgeschlossenheit unmöglich ist. Dagegen hat die Minderheit mit der **Politik** ihres Stammlandes, mit dem sie ja geographisch nicht zusammenhängt, nichts zu tun; ihre Loyalität gilt dem Staat, in dem sie die Minderheit bildet.

Die begrifflich soziologische Untersuchung der Nationalitätenfrage ist vor allem durch das Buch **„Nation und Nationalität"** (Karlsruhe, Braun, 1927), zu dem Hertz, Steinmetz, Boehm u. a. beigetragen haben, vorbereitet; in der deutschen Geistesgeschichte hat „Nation" meistens die auch heute gültige kulturelle Bedeutung gehabt; in Frankreich wurde diesem Begriff oft eine starre staatliche Abgrenzung gegeben und mit dem abstrakten Nationalitätenprinzip die Gegensätze nach dem Krieg sogar verschärft, so daß die Minderheiten zu gemeinsamem Vorgehen auf neuer Grundlage getrieben wurden.

Die eben begonnene **deutsche Kulturautonomie in Estland** deutet einen gangbaren Weg an, der schließlich zum Abbau des staatlichen Hasses und zu neuer Verknüpfung Europas führen soll. In Deutschland selbst nehmen die Polen, Dänen und Wenden an der Bewegung teil; in Spanien die Katalonier mit ihrer alten Tradition, die sie vom übrigen Spanien unterscheidet; auch Ungarn, Slowenen, Juden und Russen bilden Minderheiten in mehreren Staaten, und die übrigen europäischen Länder werden bald die gleichen Erscheinungen verzeichnen. Überall regen sich neue Gruppen; sie alle wollen nach den Richtlinien des Kongresses **nicht die Loslösung** von dem Staat, in dessen Gebiet sie wohnen, aber sie fordern **Kulturfreiheit** kraft ihrer alle Lebensgebiete umfassenden **Sonderart**. Selbstverständlich steht dieser Ausspruch nicht solchen Volksteilen zu, für die auf einem Einzelgebiet, etwa der Dialektforschung, der Heimatliteratur oder der Vorgeschichte Sonderheiten nachweisbar sind. Der Zwischenfall wegen der Ablehnung der **deutschen Friesen** durch die Kongreßmehrheit und vor allem durch die deutschen Gruppen selbst, wird hoffentlich die zukunftsreiche Entwicklung der Nationalitätenbewegung nicht aufhalten. Sie muß in erster Linie als eine kulturelle Frage behandelt werden, die mit dem politischen Bestand Europas aufs engste zusammenhängt.

Die Bewegung des Auslanddeutschtums wird dadurch in einen größeren Zusammenhang gestellt und für die internationale Politik reif gemacht; sie wird um so besser gefördert, als man sie unter solchem Gesichtspunkt ansieht. Für innerpolitische Angelegenheiten des Reichs soll man die deutschen Minderheiten aber nie in Anspruch nehmen; was sie suchen, ist nur das kulturelle Band unserer Nation. Im **Zeitalter des aufgeklärten Nationalismus**, der ebenso **errungen** werden muß wie einst die religiöse Toleranz, übernehmen die Minderheiten ihre Führung selbst.

Eine Kundgebung des Reichsparteivorstandes der Zentrumspartei

Bei einer am Freitag in **Dortmund** abgehaltenen Sitzung des **Parteivorstandes der Zentrumspartei** in Verbindung mit dem Vorstand der Reichstagsfraktion des Zentrums wurde nach einer eingehenden Besprechung der gegenwärtigen politischen und innerpolitischen Lage eine Kundgebung einstimmig beschlossen, in der u. a. die schärfste **Mißbilligung** gegenüber Mitgliedern der Zentrumspartei und sogar der Zentrumsfraktion ausgesprochen wird, die in öffentlichen Kundgebungen sich bereits jetzt, also noch vor Beendigung der Beratungen des **Reichsschulgesetzes**, aussprechen, das vorbehaltlich notwendiger Verbesserungen dem Verlangen des Zentrums nach Sicherung der konfessionellen Schule entspreche. Es wird darauf hingewiesen, daß jeder Erfolg nur von der Einmütigkeit und verantwortungsbewußter Unterordnung aller Parteiangehörigen abhängig ist. Zum Schluß der Kundgebung werden Angriffe gehässiger und ehrenrühriger Natur gegen verantwortliche Führer des Zentrums als unwürdige politische Waffe zurückgewiesen.

Die Besoldungsreform vor dem Reichskabinett. Das Reichskabinett ist heute, Samstag vormittag um 10 Uhr zu der angekündigten Sitzung zusammengetreten. Im Mittelpunkt der Beratungen stand der Gesetzentwurf über die **Besoldungsreform.**

Die hessische Regierung und Hindenburgs 80. Geburtstag. Dem Wunsch des Reichspräsidenten entsprechend und in Übereinstimmung mit der Reichsregierung teilt die hessische Regierung in der „Darmstädter Zeitung" mit, daß sie bitte, am 2. Oktober, dem Geburtstag Hindenburgs, **keine besonderen Feiern** zu veranstalten. Sie empfiehlt aber eine Beteiligung an der Hindenburgspende.

Die Genfer Völkerbundstagung

Beitritt Deutschlands zum Weltgerichtshof

Die Freitagsitzung der Völkerbundsversammlung in Genf brachte eine große Rede des deutschen Außenministers Dr **Stresemann**, in der er u. a. unter großem Beifall mitteilte, daß Deutschland seine Unterschrift unter die Fakultativklausel des Weltgerichtshofes setzen werde. Dieser ständige **„Internationale Gerichtshof im Haag"**, der nicht mit dem in der Vorkriegszeit von den Teilnehmern der Haager Friedenskonferenzen begründeten „Haager Schiedsgerichtshof" zu verwechseln ist, ist eine Gründung des Völkerbundes. Während der Haager Schiedsgerichtshof nur von Fall zu Fall bei ganz bestimmten Streitfällen nach Anrufung durch die beteiligten Staaten in Aktion tritt, ist der Weltgerichtshof ein ständiger Gerichtshof, der aus 15 hervorragenden Juristen ohne Rücksicht auf die Nationalität besteht und allen Staaten zugängig ist, die das Gründungsprotokoll unterzeichnen.

Das Statut des Internationalen Gerichtshofes bestimmt in Art. 38, Abs. 2, daß die Mitglieder des Völkerbundes und die im Anhang zur Völkerbundssatzung genannten Staaten ein Protokoll unterzeichnen können in dem sie erklären, daß sie **ohne besondere Abkommen**, jedem, anderen Mitgliede oder Staat gegenüber, **der die gleichen Verpflichtungen übernimmt**, die Gerichtsbarkeit des Internationalen Gerichtshofes für alle Rechtsstreitigkeiten als **obligatorisch** anerkennen. Dem Gerichtshof allerdings unterliegen nur **Rechtsstreitigkeiten**. Eine Entscheidung über die Berechtigung politischer Bestrebungen ist so lange ausgeschlossen, als es sich nicht um formelle Verletzung bestehender Verträge handelt. Aber es ist klar, daß damit bereits ein ungeheurer Fortschritt erzielt ist, sobald **alle Staaten** dem Gerichtshof beigetreten sind. Selbstverständlich bleiben unberührt alle Sonderverträge über Bestellung von Schiedsgerichten zwischen einzelnen Staaten. So hat z. B. das Dawes-Abkommen für etwaige Streitigkeiten die Bildung eines besonderen Schiedsgerichts vorgesehen. Deutschland wird voraussichtlich für fünf Jahre unterschreiben. Frankreich hat die im Art. 38 enthaltene sog. „Fakultativklausel" nur unter dem Vorbehalt unterzeichnet, daß das Genfer Protokoll von 1924 ratifiziert werde. Da diese Bedingung nicht eingetreten ist, ist die Unterschrift Frankreichs vorläufig ohne Wirkung geblieben. Deutschland ist also die **erste Großmacht**, die mit verbindlicher Wirkung die Fakultativklausel akzeptiert. Bisher sind erst eine Reihe kleinerer Staaten — der größte ist Belgien beigetreten. Ähnlich wie Belgien wird Deutschland die Unterschrift unter dem Vorbehalt vollziehen, daß sich die Verpflichtung nur auf **künftige Rechtsstreitigkeiten** erstrecken solle. Die Unterschrift bedarf der Ratifikation des Reichstags. In einer am Freitag in Berlin abgehaltenen Ministerbesprechung wurde die in Dr. Stresemanns Rede vorgesehene Ankündigung ausdrücklich **gutgeheißen.**

Im übrigen behandelte der deutsche Außenminister die drei für den Völkerbund besonders aktuellen Fragen Wirtschaftsfrieden, Sicherheit und Entwaffnung mehr von ideellem Gesichtspunkt aus, ohne zu dem **polnischen Vorschlag** für einen Nichtangriffspakt, der im Verlauf der Sitzung von dem polnischen Delegierten **Sokal** in seiner neuesten, mehr verpflichtenden Formulierung eingebracht wurde, Stellung zu nehmen. Diesen Vorschlag lehnte der italienische Delegierte **Scialoja** als zwecklos ab. Heute Samstag werden **Briand** und **Chamberlain** sprechen. Die bisherige **englische ablehnende Stellungnahme** geht auf folgender Reutermeldung vom Freitag hervor:

„Die letzte Formel aus Warschau, die den vereinbarten Wortlaut des polnischen Vorschlages für ein neues Nichtangriffabkommen, das von den Juristen von Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Polen geprüft worden war, abändert, ist für Großbritannien **unannehmbar**. Es scheint, daß der Versuch, dieses Protokoll in anderer Gestalt neu zu beleben, von gewissen Seiten aktiv verfolgt wird. Die britische Regierung ist jedoch, wie Chamberlain in seiner Unterredung mit der Presse erklärte, nicht bereit, irgendwelche neuen Verpflichtungen in der gegenwärtigen Zeit zu übernehmen. Die Neubelebung aller mit dem Protokoll verbundener Streitfragen könnte nur von neuem zu einem ähnlichen Mißerfolg führen. Es ist bemerkenswert, daß die britische Ansicht von verschiedenen anderen Delegationen geteilt wird."

Die Freitagsitzung der Völkerbundsversammlung

In der Freitagsitzung der Völkerbundsversammlung sprach sich am Vormittag **Vandervelde**, Belgien, für eine tatsächliche Rüstungsverminderung aus. Die Regierungen würden abrüsten müssen, wenn die Völker es forderten. — Der **norwegische** Delegierte forderte die energische Fortsetzung der Vorarbeiten des Abrüstungsausschusses. Solange die Abrüstung nicht durchgeführt sei, halte er Sanktionen für unentbehrlich. In der Nachmittagssitzung ergriff als erster Redner

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

das Wort. Er führte u. a. aus:

Aus der Debatte, die dieser Tage geführt worden ist, ragen drei Fragen hervor. Darunter verstehe ich einmal die Tätigkeit, die der Völkerbund entfaltet, auch in der Frage der **Weltwirtschaftskonferenz**, weiter die beiden großen Fragen, die die **Völkerbundspolitik beherrschen** und die öffentliche Meinung der Welt auf das stärkste bewegen: die Frage der **Sicherheit** und die Frage der **Abrüstung**. Man steht in der Öffentlichkeit

großen internationalen Konferenzen vielfach skeptisch gegenüber. Diese Skepsis ist in bezug auf die Weltwirtschaftskonferenz sicherlich nicht angebracht. Politik und Wirtschaft reichen sich in der Arbeit der Konferenz die Hand. Ich vertrete persönlich die Ansicht, daß alle großen materiellen Fragen, so bedeutsam sie auch sein mögen, niemals die Gemüter der Menschen, die schließlich Völkerschicksale formen, so hinreißen können, wie die Fragen der Politik. Niemals wurden die politischen Beziehungen der Völker durch die Wirtschaft mehr beeinflußt als in der Gegenwart, leider nicht nur in dem Sinne des Zusammenwirkens, sondern vielfach des Aufeinanderplatzens großer Interessengegensätze.

Das Zustandekommen des deutsch-französischen Handelsvertrages ist durch die Zusammenarbeit der Weltwirtschaftskonferenz und die von ihr ausgehenden Ideen wesentlich erleichtert worden. Die Differenzierung der wirtschaftlichen Arbeit macht das Zustandekommen solcher Verträge, in denen um tausende von Positionen gerungen wird, fast unmöglich, wenn die Unterhändler sich auf den Standpunkt stellen, daß sie nur Interesse gegen Interesse zu verteidigen haben. Lassen Sie uns hoffen, daß dieser Geist der Verständigung und der Zusammenarbeit, der immer mehr internationale Formen auch in anderen Beziehungen sucht, uns helfen möge, um durch die Verbindung wirtschaftlicher Gemeinschaften der Verständigung der Völker selbst zu dienen. Wir werden nicht zu einer Befriedigung im sozialen Leben der Völker gelangen, wenn nicht die Erkenntnis durchdringt, daß Kapitalismus und Arbeit beides nur gedeihen kann, wenn es unter dem gemeinsamen Gesichtspunkt vernünftiger Wirtschafts- und Produktionspolitik und gleichzeitig vernünftiger sozialer Gesetzgebung gestellt wird. Das sind die Gedanken, die herüberführen zu dem Internationalen Arbeitsamt, unter denen auch die späteren Arbeiten der Weltwirtschaftskonferenz unter gemeinsamem Zusammenwirken der Arbeitgeber- und Arbeiter hoffentlich stehen werden.

Wenn wir uns in diesen Fragen — wie ich Grund habe, anzunehmen — in einer weitgehenden Übereinstimmung befinden, so treten, wie die Debatte gezeigt hat, Verschiedenheiten der Auffassung stärker hervor, in den beiden Fragen der **Sicherheit und der Abrüstung.** Beide Fragen bedingen einander, und leider hat die bisherige Entwicklung zum Frieden darunter gelitten, daß man zuweilen in bedenklicher Weise die eine gegen die andere ausspielte. Die Epoche, in der wir leben, ist gekennzeichnet durch ihren geistig umwälzenden Charakter. Der Weltkrieg war ja das größte revolutionäre Ereignis, das Jahrhunderte gesehen.

Es endete aber mit einem großen Fragezeichen, mit dem die Gedanken der Menschheit nicht abschließen, das sie vielmehr vor neue Probleme stellt. Wir befinden uns noch nicht am Abschluß jener großen geistigen und wirtschaftlichen und sozialen Umwandlung alles Bestehenden. Aus diesem Gegensatz der Meinungen ragt eine Erkenntnis hervor, die von uns positiv gelöst werden muß, wie immer die Entwicklung der Völker und Staaten gehen mag. Die Erkenntnis, daß der **Krieg weder der Wegbereiter zu einer besseren Zukunft noch überhaupt der Regulator der Entwicklung sein kann.** Die Erkenntnis, daß er nach allem menschlichen Ermessen nur neues Elend, neue Wirrnis und schließlich die Anarchie schaffen würde. Gewiß ist diese Auffassung nicht Gemeingut aller Menschen. In jedem Lande ringen die Anhänger der alten Ideen und Meinungen mit denen, die einen neuen Weg ins Freie suchen. Mißtönend klingt in die Idee der Verständigung und des Friedens immer wieder die Empfindung des Mißtrauens, ja das Aufflackern des Hasses, unberechtigter nationaler Leidenschaften, die nicht über die Grenzen des eigenen Volkstums hinaus zu sehen vermögen. Innerhalb des **deutschen Volkes** kann über die Zustimmung zu den Grundgedanken der Verständigung und des Friedens nicht einen Augenblick ein Zweifel sein. Von allen Mächten in dem alten Erdteil Europa am meisten der Sicherheit bedürftig, um ein wachsendes Volk auf enger gewordenem Boden zu erhalten, wünschen wir nicht nur Mittätige, sondern Vorkämpfer zu sein auf dem Wege derjenigen Bestrebungen zum allgemeinen Frieden, für die der Völkerbund sich einsetzt. Es war kein Geringerer als der Außenminister Frankreichs, der verehrte Kollege **Briand,** der vor wenigen Monaten jenes große psychologische Opfer, das Deutschland in den Verträgen von Locarno zum Ausdruck brachte, in seiner ganzen Tragweite gewürdigt und die Frage gestellt hat, ob ein anderes Volk nach den Wunden eines verlorenen Krieges hierzu ebenso fähig gewesen wäre.

Graf Apponyi hat mit Recht den Abschluß der Locarnoverträge auf die Aktivseite der Bilanz der Entwicklung des Völkerbundes gestellt. Die Locarnoverträge stehen nicht außerhalb, sondern innerhalb des Völkerbundes, wie ja Deutschlands Mitgliedschaft in diesem Bunde durch sie mit herbeigeführt wurde. Es ist unverständlich, wenn manchmal Zweifel daran laut geworden sind, ob das in Locarno begründete Werk nur einige oder alle beteiligten Völker umfaßt. Wir sehen in diesen im Völkerbund wurzelnden Friedenssicherungen den unter den heutigen Realitäten gegebenen Weg, Bestehendes vor Krieg und Kampf zu schützen, aber auch die künftige naturgemäße Entwicklung der Verhältnisse zwischen den Völkern durch friedliche Mittel so zu gestalten, daß das Höchstmaß der Verständigung zwischen ihnen gewährleistet wird durch Beseitigung dessen, was sie in dieser oder jener Frage gegenwärtig noch trennt.

Gewiß sind wir uns klar darüber, daß die bisherigen Methoden des Völkerbundes nicht alle Wünsche erfüllen. Aber wer zur Kritik aufruft gegen den Völkerbund und wer das langsame Fortschreiten mancher Entwicklung bemängelt, der entziehe seine Mitarbeit dem Völkerbunde nicht, wenn nicht alle Blütenträume reifen, sondern stelle seine Kritik positiv ein, damit sie anspornend wirkt und mitschafft. Es ist allgemein bekannt, daß für die diesjährige Tagung des Völkerbundes der Gedanke einer **Manifestation** erörtert wird, die den Gedanken des **Verzichtes auf Angriff und Gewalt** zum Ausdruck bringen sollte. Ist dem wirklich so, daß eine solche feierliche Erklärung, abgegeben von den hier vertretenen Nationen nichts bedeuten würde gegenüber dem gegenwärtigen Stand der Dinge? Es mag sein, daß mancher der Wege **vertragsmäßiger Bindungen** wünschenswert erscheint. Aber ich habe die Empfindung, daß der Glaube und daß die Idee ebenso bedeutend sein können, wie die juristische Formel. Wir dürfen auch nicht sagen: Abrüstung hängt von der Sicherheit ab, die **Sicherheit hängt von dem Recht ab,** das Recht hängt von der **Moral** ab, und schließlich in einem non possumus zu enden. Ich weiß nicht, ob unsere Erörterungen mit einer Erklärung abschließen werden, die diese Gedanken zum Ausdruck bringt. **Mich zu ihnen im Namen des Reiches zu bekennen, ist mir Pflicht und Bedürfnis.** Man hat es bedauert, daß bisher so wenige Staaten der **Fakultativklausel des Schiedsgerichtes im Haag** beigetreten sind (Lebhafter Beifall). Die Politik des Deutschen Reiches liegt durchaus in der hier angestrebten Richtung. Wir haben das seit Jahren zum Ausdruck gebracht durch eine große Reihe von Schiedsverträgen, die wir mit verschiedenen Staaten geschlossen haben. Ich werde dementsprechend **auch die Unterschrift unter die Fakultativklausel im Namen des Reiches noch in dieser Session vollziehen.** Wir werden mit Recht die Kritik auf uns ziehen und skeptischer Beurteilung unterliegen, wenn wir jetzt nicht mit größter Energie an diejenige Aufgabe herantreten, die Graf Apponyi gestern mit vollem Recht als einen Prüfstein für die moralische Verfassung des Völkerbundes hingestellt hat: **Die Frage der allgemeinen Abrüstung.** Man könne nicht den Krieg verfemen, gleichzeitig aber unsere Sicherheit noch aufbauen auf den Fortbestand der Rüstungen. Für uns gilt das der Welt feierlichst gegebene Wort, das die moralische Grundlage gab für die Entstehung des Völkerbundes, das besagt, daß die **Abrüstung** der im Kriege **unterlegenen** Nationen die **Voraussetzung** sein solle für die kommende **allgemeine** Abrüstung.

Einmütig war der Jubel, der Herrn Briand entgegenbrauste, als er das Wort sprach: Weg mit den Kanonen, weg mit den Mitrailleusen. Mögen diese Worte ihre Bedeutung für alle Nationen behalten. Möge man, wenn man eine neue Zukunft aufbauen will, sich daher auch darüber klar sein, daß diese neue Zukunft nicht aufgebaut sein wird auf Mißtrauen, sondern auf gegenseitiger Achtung und Gleichberechtigung, und daß man die volle Wertung dieses Geistes bei keinem Volke bis in die letzten Verästelungen seiner Seele erwarten kann, solange es selbst noch fremder Gewalt ausgesetzt ist. Die Welt sehe uns im Wettstreben um die Erreichung der höchsten Ideale. Aber sie sehe nicht wieder die Waffen der Völker gegeneinander gekehrt. So lassen Sie uns zusammenwirken in dem Kampf, der **der schwerste,** aber auch der ehrenvollste ist: Im Kampfe für den Frieden und die auf Frieden und Gerechtigkeit beruhende große Entwicklung der Völker.

Nach Stresemann sprach der polnische Delegierte **Sokal,** der unter größter Aufmerksamkeit des ganzen Hauses

die polnische Resolution

begründete, die er am Schlusse seiner Rede einbrachte. Er setzte sich im wesentlichen mit den Ausführungen des griechischen Delegierten Politis auseinander und bekannte sich zu der gleichen Auffassung, wonach keine Lösung des Sicherheitsproblems ohne ein konkretes System mit Einschluß von Sanktionen möglich sei. Wir haben nicht das Recht, so meinte Sokal weiter, daß eine Atmosphäre des Mißtrauens sich um uns verdichtet. In der Resolution handele es sich darum, durch eine **feierliche Kundgebung für den Frieden** und die Abrüstung zu wirken und gegenseitiges Mißtrauen zu mildern. Sokal betonte zum Schluß, daß die Anwendung dieser Deklaration auch gegenüber Nichtmitgliedern des Völkerbundes unter besonderer Nennung **Rußlands** ins Auge gefaßt werde. Darauf verlas Sokal die polnische Resolution, die inhaltlich im wesentlichen der von den Juristen der Mächte vorgeschlagenen Formel entspricht, nur daß die mehr in Wunschform gehaltene Erklärung durch eine **mehr verpflichtende Fassung** ersetzt werde.

Die polnische Resolution hat folgenden Wortlaut:

„In Anerkennung der Solidarität, die die internationale Gemeinschaft verbindet, beseelt von dem festen Willen, die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens zu sichern mit der Feststellung, daß ein Angriffskrieg in keinem Falle als Mittel zur Regelung von Differenzen zwischen Staaten dienen kann und daß er aus diesem Grunde ein internationales Verbrechen darstellt, in Anbetracht dessen, daß ein feierlicher Verzicht auf jede Art des Angriffes dazu geeignet ist, eine Atmosphäre des allgemeinen Vertrauens zu schaffen, die den Fortschritt der zum Zwecke der Entwaffnung unternommenen Arbeiten förderlich ist, erklärt die Versammlung das folgende:

1. **Jeder Angriffskrieg** ist und bleibt **untersagt.**
2. **Alle friedlichen Mittel** müssen für die Regelung von Zwistigkeiten, welcher Art immer sie seien, angewandt werden, die sich zwischen Staaten einstellen sollten.

Die Versammlung erklärt, daß für jedes Mitglied des Völkerbundes die **Verpflichtung** besteht, sich seinen Grundsätzen anzupassen."

Den Abschluß der Sitzung bildete eine Rede **Scialojas,** die in einer logisch und juristisch aufgebauten **Ablehnung** des polnischen Antrags gipfelte. Der berühmte italienische Rechtslehrer erklärte, er sehe keinen Grund dafür, daß heute mehr als gestern das Vertrauen in den Völkerbund beeinträchtigt sein soll. Scialoja verlas zum Vergleich mit dem polnischen Antrag eine Stelle aus Art. 15 des Paktes, verwies auf die Nichterfüllung früherer Wünsche ähnlichen Charakters, herbeigeführt durch Konflikte zwischen den Völkerbundsdelegierten und ihren eigenen Regierungen, ferner auf die Undefinierbarkeit des Angreifers, der infolge der Geschicklichkeit von Diplomaten meist der Unschuldigere sei und lehnte es mit Entschiedenheit ab, sich an einer solchen Aktion zu beteiligen, die an Stelle der wirklichen Lösung von Problemen nur die Öffentlichkeit glauben mache, daß man solches gewünscht habe.

Briand spricht

WTB. **Genf,** 10. Sept. (Tel.) Zu Beginn der heutigen Vormittagssitzung beschloß die Völkerbundsversammlung auf portugiesischen Antrag, alle die **Mandatsgebiete** betreffenden Fragen dem politischen Versammlungsausschuß zur Beratung zu überweisen.

Nach Wiederaufnahme der Generaldebatte schilderte der österreichische Delegierte Graf **Mensdorff** die Leistungen des Völkerbundes auf dem Gebiete der internationalen geistigen Zusammenarbeit unter Betonung ihrer werbenden Wirkung für den Völkerbund.

Hierauf besteigt unter dem lebhaften Beifall des vollbesetzten Hauses um 10.40 Uhr **Briand** die Rednertribüne. In mehr als einstündiger Rede zog er die Bilanz der bisherigen Ergebnisse der Generaldebatte und zerpflückte mit der ihm eigenen Überzeugungskraft und der starken Eindringlichkeit seiner Rednergabe und persönlichen Wirkung, was gegen die Arbeit des Völkerbundes oder einzelner kleinerer Organe bisher vorgebracht worden war. Dabei nahm er bei Beginn seiner Rede und an vielen Stellen Bezug auf die gestrige „mutige und edle" Rede von Dr **Stresemann.** Er ironisierte in oft sehr glücklich gewählten und wirksamen Worten die Ausführungen einzelner Redner der Generaldebatte, die ebenfalls Mangel an Vertrauen in die gemeinsame Arbeit zeigten und bekannte sich in einem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen starken Schlußwort zu der Überzeugung, daß der **Friedensgedanke auf dem Wege über die Schiedsgerichtsbarkeit und Abrüstung triumphieren müsse.**

Die Pariser und Londoner Presse zur Stresemannrede

WTB. **Paris,** 10. Sept. (Tel.) Die gestrige Genfer Rede des Reichsaußenministers wird in der hiesigen Presse allgemein als ein wichtiges Ereignis für die Stellung der Großmächte innerhalb des Völkerbundes und als eine aufrichtige Bekundung des deutschen Friedenswillens gewürdigt. Der „Matin" erklärt, daß die Großmächte wiederum die Leitung des Völkerbundes übernommen haben und daß die internationale Genfer Regierung einem Vertrauensvotum entgegengehe. Selbst der nationalistische „Gaulois" muß zugeben, daß Deutschland gestern als der Pionier der Befriedung Europas erschienen sei. Verschiedene Blätter betonen die Bedeutung des Beitritts Deutschlands zum obligatorischen Schiedsgerichtsverfahren und die nach der gestrigen Rede bestehende Aussicht auf eine Entspannung zwischen Deutschland und Polen.

WTB. **London,** 10. Sept. (Tel.). Die liberale Presse Englands erblickt in der gestrigen Rede Stresemanns, besonders in der Ankündigung der Unterzeichnung der Schiedsklausel der Haager Konvention einen wichtigen Fortschritt auf dem Wege zum Frieden, was sich schon in den Überschriften ausdrückt. So bringt z. B. „Westminster Gazette" die fettgedruckte Überschrift: „Deutschland zeigt den anderen Großmächten den Weg zum Frieden!" und „Daily News" „Der Kampf für den Frieden — Deutschland gibt das Beispiel".

Allgemein wird in diesen Blättern der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß andere Großmächte sich dem deutschen Beispiel in der Frage der Schiedsklausel anschließen werden.

Der Genfer Berichterstatter der „Times" schreibt: die Rede Stresemanns habe durch ihre Erhabenheit der Versammlung fast den Atem geraubt. Gleichzeitig wendet sich das Blatt in einem Leitartikel über das Weichsel-Problem nachdrücklich gegen das unter den kleineren Staaten in Genf zutage tretende Bedürfnis nach universellen Friedensformeln, die, wie auf der Hand liege, undurchführbar seien. Insbesondere lehnt das Blatt mit Entschiedenheit erneut eine englische Garantie zugunsten Polens ab, erwähnt dabei aber auch, daß die politische Lage Polens außerordentlich schwierig sei, denn Deutschland sei Mitglied des Völkerbundes, habe jedoch durch die Verträge von Rapallo und Berlin Beziehungen besonderer und seltsamer Art mit Sowjetrußland hergestellt.

Lord Robert Cecil über die Abrüstungsfrage

In einem Schreiben an die Liga für den Völkerbund führt Lord **Robert Cecil** u. a. aus: Ich bin von meinem Amt zurückgetreten, um volle Freiheit zu erlangen, für die Sache einzutreten, die ich für außerordentlich wichtig halte, nämlich eine Beschränkung der Rüstungen durch eine internationale Vereinbarung. In dieser Frage ist die öffentliche Meinung oberster Richter und souveräne Gewalt. Wenn die Völker tatsächlich entschlossen sind, daß eine Beschränkung der Rüstungen erfolgen soll, so werden sich Regierungen finden, ihren Willen auszuführen. Unser Appell muß daher an die Völker ergehen, und wir müssen **mit unserem eigenen Volke beginnen.** Das bedeutet einen Feldzug, in dem ich meinen Teil mit anderen zusammen zu übernehmen habe. Zunächst aber brauche ich Ruhe. Niemand darf den Gedanken hegen, mein Rücktritt bedeute, daß mein Glauben an den Völkerbund irgendwie erschüttert sei. Ich glaube so fest wie jemals, daß der Erfolg des Völkerbundes wesentlich für den Frieden ist. Ich bin überzeugt, daß der Völkerbund noch viel mehr tun kann unter der Voraussetzung, daß er von der öffentlichen Meinung unterstützt wird.

Geheimrat Kastl Mitglied der Mandatskommission

Geheimrat **Kastl,** Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, der aus der kolonialen Karriere hervorgegangen ist, wurde am Freitag vom Völkerbundsrat in geheimer Sitzung zum **deutschen Mitglied** der Mandatskommission ernannt.

Konflikt im Kattowitzer Stadtparlament

In der Kattowitzer Stadtverordnetenversammlung kam es zu einem Auszug sämtlicher polnischer Vertreter. In der Sitzung wurde über die Schließung der drei unteren Klassen der städtischen Mittelschule verhandelt, die deutscherseits als eine starke Benachteiligung der deutschen Interessen angesehen wird. Die Deutsche Fraktion lehnte die Magistratsverordnung ab und verlangte namentliche Abstimmung. Darauf verließen die polnischen Parteien geschlossen den Sitzungssaal und ließen nach einiger Zeit durch ihren Vertreter erklären, daß sie von nun an keiner Sitzung des Stadtparlaments mehr beiwohnen und sich in keiner Weise an den städtischen Arbeiten mehr beteiligen würden. Dem deutschen Stadtverordnetenvorsteher wurde das Mißtrauen ausgesprochen. Die polnischen Nationalisten fordern auf Grund des Vorfalles die Auflösung der Kattowitzer Stadtverwaltung, zu der bekanntlich der Wojwode nach einer vor mehreren Monaten in Kraft getretenen Ausnahmeverordnung in jedem Falle der „Gefährdung staatlicher Interessen" das Recht hat.

Kommunistische Unruhen in Litauen

In **Tilsit** wurden Gerüchte über kommunistische Unruhen in Litauen verbreitet. Genaue Nachrichten waren nicht zu erhalten. Tatsache ist jedoch, daß der Grenzverkehr über die Tilsiter Luisenbrücke nach dem Memelgebiet um 16½ Uhr gesperrt wurde. Gleichzeitig trafen litauische Truppen in Übermemel ein, die die Brückenköpfe an der Luisenbrücke und an der Eisenbahnbrücke bewachen. Starke Offizierspatrouillen halten das nördliche Memeluser unter Bewachung. Außerdem sind von Memel in Lastkraftwagen Truppen nach Pogegen und nach Langszargen gesandt worden. In Pogegen hält eine Kompagnie den Bahnhof sowie die Hauptstraße Tilsit—Memel unter strenger Bewachung.

Hierzu wird aus Riga gemeldet: Freitag früh um 4 Uhr versuchten Kommunisten, in der Kreisstadt Tauroggen die Ordnung zu stören. Den Regierungsbehörden gelang es, die Unruhen zu unterdrücken. Die Kommunisten werden verfolgt.

*

Nach einer Meldung aus **Kowno** sollen sich an dem Umsturzversuch auch einige Mitglieder der **Linksparteien** beteiligt haben, doch sei durch energische Maßnahmen der Versuch sofort unterdrückt worden. Im ganzen Lande herrsche Ruhe. Bei den Unruhen wurde ein Beteiligter getötet, zwei verwundet. Nachrichten über die Ereignisse in Tauroggen werden streng zensuriert. Der bei dem Umsturzversuch als Führer tätige Reservekapitän Najus sei wegen Spionage vom Militär entlassen worden.

Die Lohnverhandlungen im Mitteldeutschen Braunkohlenbergbau gescheitert. Am Freitag fanden auf Einladung des Arbeitgeberverbandes Verhandlungen über die von den Bergarbeiterverbänden des Mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues gestellten Forderungen in der Lohnfrage statt. Die Arbeitgeber machten eine Lohnerhöhung abhängig von einer Erhöhung der Kohlenpreise. Darauf ließen sich die Vertreter der Gewerkschaften nicht ein. Es wird nun die allgemeine Kündigung der Arbeitsverträge erfolgen.

Ein Komplott zur Ermordung Mustapha Kemal Paschas. Der türkischen Polizei soll es gelungen sein, ein Komplott aufzudecken, das die Ermordung Mustapha Kemal Paschas zum Ziele hatte. Mehrere Verschwörer wurden in **Smyrna** verhaftet. Sie haben ein Geständnis abgelegt. Das Attentat sollte zur Durchführung gelangen anläßlich der Rückreise Kemal Paschas nach Angora.

Franz Haniel & Cie. G.m.b.H. Kaiserstraße 231 Fernruf 4855/56
Großhandel — Erstklassige Ruhrkohlen, Koks, Briketts — 671 — Kleinhandel

Überfall auf einen Redakteur in Warschau. Vorgestern abend wurde in Warschau der Redakteur Dolenga-Mostowicz von der christlich-demokratischen „Rzeczpospolita" gerade, als er in sein Haus treten wollte von sieben mit Knüppeln bewaffneten Männern niedergeschlagen, geknebelt, in ein Automobil gezerrt und in einem 20 Kilometer von der Stadt entfernten Wald verschleppt. Dort wurde er nochmals erbarmungslos geprügelt. Mostowicz hatte Angriffe gegen Marschall Pilsudski gebracht.

Die türkischen Parlamentswahlen. Die Parlamentswahlen in der Türkei sind abgeschlossen. Überall wurden — wie aus **Angora** gemeldet wird — die Kandidaten der Volkspartei einmütig gewählt. Mustapha Kemal Pascha richtete eine Kundgebung an das Volk, in welcher er ihm seinen Dank ausspricht dafür, daß es seine Handlungsweise und diejenige seiner Partei gebilligt und für die künftigen Aufgaben das erforderliche Vertrauen geschaffen habe. Die Türkei habe wieder bewiesen, daß sie ein mächtiges Lebewesen sei.

Über schwere Unruhen im Westen Indiens berichten englische Meldungen: Unter ihrem berüchtigten Führer Mullah Mahmud haben in **Pundschab** die Afridis Dörfer der Mohamedanischen Sekte Schias bei Kalaya, südlich von Kohat, angegriffen. Die Überfallenen mußten fliehen, ihre Dörfer wurden geplündert. Der Erfolg des Mullah ist bei den Afridis hauptsächlich auf sein Versprechen reicher Beute zurückzuführen. Es verlautet, daß die britischen Behörden infolge dieser Vorfälle eine Aktion unternehmen wollen.

Badischer Teil

Der neue Winterfahrplan der Reichsbahndirektion Karlsruhe

tritt am 2. Oktober 1927 in Kraft. Eine Anzahl von Schnellzügen, die sog. „Saisonzüge", sind ja schon auf 1. September eingeschränkt worden. Weitere Einschränkungen werden auf 15. September folgen. Trotzdem treten auch im Winterfahrplan noch verschiedene Änderungen und Verschiebungen ein, die zwar weniger die Schwarzwaldbahn betreffen, sich aber desto mehr auf der Rheintallinie Basel—Mannheim und im Westostverkehr auswirken werden. Der Nordflügel Mannheim—Karlsruhe der Züge D 152/153 Mannheim—Konstanz (jetzt in Mannheim ab 6,10 Uhr Karlsruhe ab 7,28 Uhr, Konstanz an 13,05 Uhr, Konstanz ab 17,00 Uhr, Karlsruhe an 23,01, Manheim an 0,18 Uhr) fällt bereits ab 15. September weg. Ferner fehlen auf der Schwarzwaldbahn ab 15. September die Saisonzüge D 157/158, so daß es nicht mehr möglich sein wird, in einem Tage von Konstanz nach Karlsruhe und Mannheim hin und zurück zu kommen. Die Höllentalbahn wird ihre beiden Züge 1559/1568 (der letztere beschleunigt) ebenfalls verlieren, so daß die beiden beschleunigten Züge der Schwarzwaldbahn mit Anschluß an die Höllentalbahn wiederum keine Verbindung mit dieser haben. Auch dieser Anschlußverkehr zwischen Rheintalbahn und Schwarzwaldbahn in Offenburg, sowie zwischen Schwarzwaldbahn und Oberrheinbahn ist wieder schlechter geworden, da auf der Oberrheinbahn die Eilzüge Basel—Lindau—München im Wegfall kommen.

7. Internationaler Demokratischer Friedenskongreß

Die Teilnehmer am 7. Internationalen Demokratischen Friedenskongreß, der vom 3. bis 7. September in **Würzburg** getagt hat, werden am Sonntag, den 11. September die Stadt **Mannheim** besuchen und hier eine Friedenskundgebung veranstalten. Aus Anlaß dieses Besuches zahlreicher Fremder wird der Bahnhofsplatz beflaggt werden. Die Kundgebung findet im Nibelungensaal statt.

Aus der Landeshauptstadt

Ottilie Stein †. Am 3. September starb in Karlsruhe die Schriftstellerin u. Rednerin der Gesellschaft für Volksbildung **Frau Ottilie Stein.** Frau Stein hat Jahrzehnte lang zu den beliebtesten und am häufigsten gehörten Frauen am Rednertisch gezählt. Sie behandelte Frauen-, Volks- und Erziehungsfragen mit einer seltenen Eindringlichkeit und in einer sich die Aufmerksamkeit und das Nachdenken erzwingenden sprachlichen Klarheit und Schönheit. Die Frauengestalten unserer großen Dichter wußte sie den Zuhörern besonders nahe zu bringen. Die Gesellschaft für Volksbildung zeichnete die Verstorbene dadurch aus, daß sie ihr neben anerkannten Volkslehrern einen ständigen Lehrauftrag gab.

Kunsthaus Büchle-Bertsch (Padewethaus). Piper-Drucke statt originaler Kunstwerke bringt die diesmalige Ausstellung; aber die Piper-Drucke erreichen einen so hohen Grad der Vollendung in der Wiedergabe der Originalgemälde, daß das saure Wort „Ersatz"kunst gar nicht in den Sinn kommt. Man steht vor diesen künstlerisch vollendeten Wiedergaben älterr Kunst (Dürer, Cranach, Rembrandt, Rubens, Goya usw.) und den Nachbildungen von Werken neuerer Zeit (Daumier, Mauet, Menzel, Degas, Courbet, Mareés, Cezanne u. s. f.) fast wie vor Originalen. Nur die gewordene Patina der Werke läßt sich in der Wiedergabe nicht ganz erzielen. Aber die technische Arbeit wird in den Piper-Drucken restlos in die Erscheinung gebracht: Pinselstrich, Farbenauftrag, Farbentreue sind meist fabelhaft originaltreu. Die Verteilung der Werke auf nationale und zeitliche Kunst ist so ausgedacht und geschickt, daß sich der Liebhaber klassischer alter Kunst ebensogut seine Galerie alter Meister zusammenstellen kann, wie der Freund neuer und neuester Kunst sein Haus damit zu füllen in der Lage ist. Abgesehen vom Wandschmuck aber dienen die „Piper-Drucke" vor allem auch dem theoretischen und praktischen Studium der Malerei.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Baden hatte gestern wolkiges und etwas wärmeres Wetter mit kurzen Aufheiterungen. Stellenweise kam es auch zu leichten Regenfällen. Die Wetterlage ist seit gestern nicht wesentlich verändert. Der Sturmwirbel lieg heute über Südskandinavien und zieht über dem Ärmelkanal einen Ausläufer nach, dessen Durchzug uns heute und morgen noch Niederschläge bringen wird. Auf der Rückseite ist über England kühlere Luft polaren Ursprungs eingedrungen und stellt auch bei uns wieder vorübergehend Abkühlung in Aussicht. **Voraussichtliche Witterung** für 11. September: Bei westlicher Luftzufuhr meist wolkig und regnerisch, mäßig warm, später etwas kühler, unbeständiger Witterungscharakter, voraussichtlich noch mehrere Tage anhaltend.

RESIDENZ-LICHTSPIELE
Waldstraße Telephon 5111
DER STUDENT VON PRAG

Kurze Nachrichten aus Baden

Mannheim, 9. Sept. Wie die „Arbeiterzeitung" meldet, sind die Arbeiter der Firma **Bischof & Hensel A.G.** gestern Mittag in den **Streik** getreten. Auch die Kupferschmiede der **Union-Werke A.G.** haben die Arbeit niedergelegt. Die Arbeitnehmer fordern Lohnerhöhung, die von den Firmen abgelehnt wurde, so daß die Arbeiter den Betrieb verlassen haben.

DZ. **Triberg,** 9. Sept. Einer der größten Betriebe seiner Art ist plötzlich seines Leiters beraubt worden. Der Besitzer des Sägewerkes King Söhne, Adolf **King,** ist mitten in der Ausübung seiner geschäftlichen Tätigkeit in seinem Betrieb von einem Herzschlag betroffen worden und alsbald **verschieden.** King hat ein Alter von 50 Jahren erreicht und ist Vater von fünf Kindern.

Verschiedenes

Die verunglückten Ozeanflieger

Sowohl das Flugzeug „Old Glory" wie auch das Flugzeug „Sir John Carling" werden als verloren betrachtet. Aus Halifax (Neuschottland) wird allerdings heute gemeldet, daß „Old Glory" ungefähr 400 Meilen ostnordöstlich von St John gesichtet worden sei. Der Ursprung der Mitteilung wird jedoch nicht angegeben. Die Neuyorker Zeitungen weisen darauf hin, daß seit Mai dieses Jahres **21 Flieger bei Ozeanflügen ihr Leben eingebüßt haben:** zunächst drei französische Flieger an Bord des „Goliath", die nach Rio de Janeiro fliegen wollten, dann Nungesser und Coli, dann sieben Amerikaner bei dem Versuch, Honolulu zu erreichen, dann der Amerikaner Redfern, der von Neuyork nach Rio de Janeiro aufgestiegen war, schließlich die drei Insassen des „St. Raphael", die drei Insassen der „Old Glory" und die zwei Insassen des „Sir John Carling".

Endgültiger Verzicht auf alle deutschen Transozeanflüge

Auf Grund einer Verständigung sind **alle deutschen Flieger,** die die Überfliegung des Atlantischen Ozeans versuchen wollten, zu dem Entschluß gekommen, das Experiment **in diesem Jahre zu unterlassen.** Auch Könnecke, der am Freitag im Reichsverkehrsministerium Besprechungen hatte, hat seinen Plan vorläufig aufgegeben. Übrigens werden der Aroklub und der deutsche Luftfahrer-Verband den Großen Preis für die Überfliegung des Atlantiks entsprechend verlängern.

Geschäftliches

Was die Herbstmode bringt

zeigt die Firma **Hermann Tietz** in einer **Sonder-Modeschau,** die am Mittwoch, den 14., Donnerstag den 15. und Freitag, den 16. September jeweils nachmittags ab ¼4 Uhr im Erfrischungsraum stattfinden wird. Frau Mode ist bekanntlich launenhaft und ihre oft sprunghaft wechselnden Einfälle lassen derartige Veranstaltungen großer Häuser für die Damenwelt stets als wichtiges Ereignis erscheinen. Was gäbe es auch hübscheres, als im lauschig, geschmückten Raum bei Tee und Kuchen all die Modeherrlichkeiten der kommenden Saison am lebenden Modell vorüberziehen zu sehen, sich an den hundertlei Kleidern, Kostümen, Mänteln usw. zu erfreuen u. dabei gleichzeitig seinen Geschmack bilden zu können an der hervorragenden Zusammenstellung all der vielen sonstigen Bekleidungsgegenstände — angefangen von den zierlichen Schuhen und hauchdünnen Strümpfen bis zu den neuesten formvollendeten Hüten — die nun einmal das Alpha und Omega der Wünsche einer modernen Frau bedeuten! Die Firma Hermann Tietz ist bekannt dafür, daß sie bei solchen Gelegenheiten alles aufbietet, was das In- und Ausland an Modeneuheiten zu leisten vermag und so wird auch diese Herbstmodenschau ihre Anziehungskraft sicher nicht verfehlen. Und zwar dies um so weniger als zum Ansager wiederum unser unverwüstlicher Direktor **Hans Blum** und für die Mitwirkung in dem Programm erste Kräfte des Bad. Landestheaters gewonnen wurden, die mit Gesangsdarbietungen und Vorträgen dem Publikum reiche Unterhaltung bieten werden. Sowohl die Modevorführungen als auch das Programm des unterhaltenden Teiles wechseln an allen drei Tagen, so daß auch wiederholter Besuch lohnend sein dürfte. Alles sonstige über die Veranstaltung — Vorverkauf, Eintrittspreis usw. — besagen die Inserate.

Dr. Koellreutter
von der Reise zurück
G.689

Karlstraße 29a
befinden sich nunmehr
meine neuen Verkaufsräume
Dieselben enthalten jetzt getrennte Abteilungen für
Schuhwaren, Korsetts, Wäsche usw.
Lebensmittel
so daß jeder Käufer ungestört und erschöpfend in der betreffenden Abteilung bedient werden kann. — Meine Schuhwaren verdienen den guten, immer weiter sich ausbreitenden Ruf, den sie immer gehabt haben, — meiner Korsett-Abteilung werde ich ganz besondere Sorgfalt widmen und nur das beste darin bieten, — meine gesundheitliche Lebensmittel-Abteilung werde ich wie früher wieder weiter ausbauen, dank meiner großen, langjährigen Erfahrungen und eigenen Suchens auf diesem Gebiete.
Endlich ist es mir auch Herzensbedürfnis, meiner lieben Kundschaft meinen tiefempfundenen Dank auszusprechen für die anspruchslose, von mir im Stillen oft bewunderte Geduld, die sie beim Einkauf in meinem alten, furchtbar beschränkten Lokal an den Tag legte. Es soll mir dies Richtschnur sein, so wie bisher wirklich nur erstklassige, erlesene Ware zu führen.
Möge mir auch fernerhin die Geneigtheit meiner werten Kundschaft als schönster Lohn bewahrt bleiben. G 681
Reformhaus L. Neubert
Karlstraße 29a Fernsprecher 2742

Modenschau
1927
Wir zeigen
in unserer Konfektions-Abteilung die
neusten Modeschöpfungen
für
Herbst u. Winter
am
Montag, den 12. September
nachmittags 3 Uhr pünktlich
Dienstag, den 13. September
vormittags 11 Uhr pünktlich
Mittwoch, den 14. September
vormittags 11 Uhr pünktlich
Eintritt frei!
KNOPF
688

Kein Kunstfreund
sollte versäumen
[redacted] G 689
meine September-Ausstellung
umfassend 32 Piper-Drucke nach
Gemälden alter und neuer Meister
zu besichtigen. Eintritt frei!
E. BÜCHLE, INH. W. BERTSCH
Kaiserstraße 132. Gartensaal Padewet-Geigenhaus

Baumeister gesucht.
Die Gemeinde Wehr in Baden hat die Stelle eines **Baumeisters** zu besetzen. Bewerber gesetzten Alters, im Bauwesen im allgemeinen insbesondere im Straßen-, Fluß- und Kanalisationsbau gut erfahren, wollen ihre Angebote unter Beifügung von Zeugnissen für die Ausbildung und über die bisherige Tätigkeit unter Angabe der Gehaltsansprüche bis **25. d. Mts.** an den Gemeinderat unter der Aufschrift „Baumeister" einreichen.
Wehr, Baden, den 9. September 1927. G. 684
Das Bürgermeisteramt:
Leber.

Das Freiburger Münster
Von Dr. h. c. Friedrich Kempf
Münsterbaumeister
Mit 274 Abbildungen Preis in Ganzleinen 20 M.
Dieser stattliche, wirklich wundervoll ausgestattete Band ist das schönste Werk, das bisher über das Freiburger Münster erschienen ist. Die Dreiteilung in Baugeschichte, bildende Kunst und Malerei hat eine solche Einheitlichkeit ermöglicht, daß der Leser sich ein vollständiges Bild der Entwicklung bis zur gegenwärtigen Gestalt machen kann.
Sehen auch Sie das Buch bei Ihrem Buchhändler an
Verlag G. Braun G.m.b.H., Karlsruhe (Baden)

Badische Bank
Mannheim — Karlsruhe
Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen.
F.683

Detektiv-Institut u. Privat-Auskunftei
„Argus" Mannheim
O. 6. 6 Planken
Selbstanschluß 33305
A. Maier & Co., G.m.b.H.
D679

Nehmen Sie bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung"

Korbmöbel

„Mercedes" ab Fabrik an jedermann. Günstige Preise, bequeme Teilzahlg. Verl. Sie Katalog.

Rohrmöbelfabrik „Mercedes" Lorch (Württemberg)

Pianos

Harmoniums

Sprechapparate

in bester Ausführung empfiehlt die

Harmonium- und Pianofabrik

H. Goll A. G.

Freiburg

Filiale Karlsruhe

Waldhornstr. 30

nächst der Kaiserstraße

Telephon 6835

Kleine Monatsraten ohne Anzahlung

G.669

Reformhaus O. HANISCH

Reformartikel aller Art

KARLSRUHE i. B.

Kaiserstr. 32 - Telefon 876

G 680

L.497. **Neckarbischofsheim.** Das Amtsgericht hat das Konkursverfahren über das Vermögen des Getreidehändlers **Karl Ernst Barth** in Hüffenhardt nach rechtskräftiger Bestätigung des Zwangsvergleichs und Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Neckarbischofsheim, den 20. August 1927.

Gerichtsschreiberei des Bad. Amtsgerichts.

Mode-Schau

Mittwoch, 14. September, Donnerstag, 15. September und Freitag, 16. September, jeweils von 3½ bis 6 Uhr

Mitwirkende:

Fräulein Else Blank
Fräulein Magda Strack
Herr Opernsänger Karlheinz Löser
Herr Kammersänger Wilh. Nentwig

Ansager: Herr Direktor Hans Blum.

Musik: Abteilung Polizeikapelle. Flügel: H. Maurer.
Eintrittskarten Mk. 2.— einschl. Kaffee und Kuchen.
Vorverkauf: Sammelkasse ab Montag, 12. September.

Hermann Tietz

683

Badisches Landestheater

Sonntag, den 11. Sept. 1927

*A 2 Th.-Gem. 301—400

Neu einstudiert

Fra Diavolo

von Auber

Musikalische Leitung: Rudolf Schwarz

In Szene gesetzt von Otto Krauß

Fra Diavolo	Witt
Lord	Vogel
Pamela	Weiner
Lorenzo	Laufkötter
Matteo	Löser
Zerline	Schneider
Giacomo	Dr. Wucherpfennig
Beppo	Kalnbach
Dragoner	Wurm
Müller	Grötzinger

Tanz einstudiert von Edith Vielefeld

Anfang 7½ Ende nach 10

I. Rang und I. Sperrsitz 7 RM.

Montag, den 12. Sept. 1927

*C 2 Th.-Gem. 3. S.-Gr.

Florian Geyer

von Gerhart Hauptmann

In Szene gesetzt von Felix Baumbach

Rotenhahn	v. d. Trenck
Markgraf Friedrich	Baumbach
Lichtenstein	Gemmecke
Haustein	Leitgeb
Stein	Schulze
Hans v. Grumbach	Mehner
Geyer	Graf
Kastell	Kuhne
Hutten	Dahlen
Kunz	Osthold
Gilgeneffig	Müller
Florian Geyer	Hierl
Menzingen	Kloeble
Berlichingen	Gemmecke
Hartheim	Graf
Wilh. v. Grumbach	Brand
Anna	Ermarth
Kellermann	Schulze
Karlstatt	v. d. Trenck
Besenmeyer	Höcker
Schultheiß	Kienscherf
Löffelholz	Prüter
Martin	Schulz-Breiden
Finkenmäuslin	Keinath
Sartorius	Schellenberger
Link	Grandeit
Bubenleben	Dahlen
Kohl	Herz
Hippler	Mehner
Metzler	Schmidt
Flammenbecker	Müller
Kratzer	Mehner
Schäferhans	Baumbach
Marei	Bertram
Hausierer	Schulz-Breiden
Jöslein	Gemmecke
Frau	Ziegler
Ihr Sohn	Graf
Kläuslin	Frohmann
Sein Weib	Genter
Schertlin	Herz
Peter	Schmidt
Mönch	Leitgeb
Bauer	Prüter
Domherr	Weidner
Bürger von Rothenburg	Kuhne, Graf, Ostholt, Weidner, Eck

Anfang 7½ Ende 10½

I. Rang und I. Sperrsitz 5 RM

Di. 13. Sept.: **Don Giovanni.**

Betonarbeiten für die Herstellung der Kohlenlagerwände auf den Bahnhöfen Freiburg Güterbahnhof und Neustadt i. Schw. nach Maßgabe der Verdingungsordnung für Bauleistungen vom April 1926 in 2 Losen öffentl. zu vergeben. Bedingnisheft auf Zimmer Nr. 5, Wilhelmstr. 19 zur Einsicht, dort auch Abgabe der Angebotsvordrucke soweit Vorrat vorhanden. Angebote mit Aufschrift „Kohlenlagerwände" verschlossen und postfrei bis längstens **17. September 1927, 10 Uhr** bei mir einzureichen. Zuschlagsfrist 1. Okt. 1927

Freiburg, 10. Sept. 1927.

Reichsbahnbauamt. L.496

Landwirtschafts- und Gewerbe-Ausstellung in Ettlingen

aus Anlaß der 700-Jahrfeier der Stadt Ettlingen

vom 17. bis 25. September 1927

Samstag, den 17. September:

Vormittags 9 Uhr:	Eröffnung der Ausstellungen und Prämierung von Pferden, Rindvieh und Ziegen.
Nachmittags 3 Uhr:	Vorführung von Hengsten und der prämierten Pferde, Rinder u. Ziegen. Konzert auf dem Ausstellungsplatz.
Abends 8 Uhr:	Besondere Darbietungen auf dem Ausstellungsplatz.

Sonntag, den 18. September:

Vormittags 9 Uhr:	Eröffnung der Ausstellungen.
Vormittags ½11 Uhr:	Vorführung der prämierten Pferde und Rinder.
Nachmittags 2 Uhr:	Desgleichen und Vorführung von Hengsten. Konzert und besondere Darbietungen.
Abends 8 Uhr:	Feuerwerk auf dem Ausstellungsplatz mit anschl. Tanz im großen Bierzelt.

Montag, den 19. September:

Vormittags 9 Uhr:	Prämierung von Zuchtschweinen und Zuchtschweinemarkt.
Nachmittags 4 Uhr:	Konzert und Volksbelustigung.
Abends 8 Uhr:	Besondere Darbietungen im großen Bierzelt und Weinschenke.

Die Ausstellungen sind jeden Tag von vormittags 9 Uhr bis abends 7 Uhr geöffnet.

G.674

„Karlsruher Herbsttage" 1927

Kulturelle, wirtschaftliche, sportl. Veranstaltungen.

9.—16. Oktober: Festwoche des Bad. Landestheaters (Erstaufführungen in Oper und Schauspiel.)

1. Oktober: Südwestdeutscher Heimatabend mit Festspiel

2. Oktober: vorm.: Festzug „Im Zeichen des Verkehrs" nachmittags: Hindenburg-Spiele. (Sport).

Badische Komponisten- und Dichterabende des Landestheaters und Bad. Konservatoriums für Musik. Große Konzerte und Vorträge. Ausstellung der Karlsruher Künstlerschaft. Sonderausstellung der Majolikamanufaktur. Gastechnische Ausstellung in der Landesgewerbehalle mit Vortragskurs. Führungen in den Museen und Sammlungen. Karlsruher Herbstpferdemarkt. Schaufensterschmückung des Karlsruher Einzelhandels. „Karlsruhe im Blumenschmuck" (Wettbewerb des Gartenbauvereins) u. a. m.

Prospekte und Auskünfte: Verkehrsverein Karlsruhe. G.682

Bücher sind Freunde Bücher sind Gefährten

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G.

Filiale Karlsruhe

Kaiserstraße 146, gegenüber der Hauptpost

Wechselstube Hauptbahnhof F.673

Besorgung aller Bankgeschäfte

Geldeinlagen werden zu günstigen Sätzen verzinst

Herbstkelterung 1927!

Suche sofort noch Aufträge zur Kelterung und evtl. Lagerung von weißen und roten Konsumweinen der pfälz. Oberhaardt. G 685

Reelle und billige Bedienung.

Th. Minges, Weinbau — Weinkommission

Burrweiler (Rheinpfalz)

Tel. 27 Bad Gleisweiler.

L.498. **Karlsruhe.** Die unterm 8. d. M. eröffnete Geschäftsaufsicht über die Firma **Anton Schneiber,** Ingenieurbüro und Kunststeinfabrik in Karlsruhe, Friedenstr. 20, wurde aufgehoben, da ein Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens innerhalb der bestimmten Frist nicht eingereicht worden ist.

Karlsruhe, 8. Sept. 1927.

Gerichtsschreiber Bad. Amtsgerichts A 5.

Schwetzingen. L.495

Vereinsregistereintrag unter Nr. 32: **Arbeitersport- und Kulturkartell e. V. Hockenheim** in Hockenheim.

Schwetzingen, 7. Sept. 27.

Bad. Amtsgericht I.

Druck G. Braun, Karlsruhe